

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,86 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 15.

Berlin, Sonnabend, 20. Februar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Arbeitslosenzählung. — Die Christlichen und der Bergarbeiterkongress. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen-Zeil.

Arbeitslosenzählung.

Wenn man eine Krankheit heilen will, so muß man zuerst ihr Wesen und ihren Umfang genau zu erforschen suchen. Als eine Krankheit am Volkstörper kann man auch die furchtbare Arbeitslosigkeit betrachten, unter der gegenwärtig weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung schwer zu leiden haben. Deswegen haben auch in vielen Großstädten Arbeitslosenzählungen stattgefunden, um die Größe des sozialen Übels zu erforschen und danach die geeigneten Maßnahmen treffen zu können.

Die Arbeiterkassette hat nach alledem ein lebhaftes Interesse daran, daß diese Arbeitslosenzählungen möglichst zuverlässiges Material liefern. Das kann aber wiederum nur geschehen, wenn die Methode der Zählung so gewählt wird, daß möglichst alle Arbeitslosen von der Zählung erfaßt werden. Welche Methode die richtige ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Der Berliner Magistrat hatte sich für regelmäßige vierteljährliche Arbeitslosenzählungen bereit gefunden in der Weise, daß die Arbeitslosen an einem bestimmten Tage sich in vorher festgesetzten Lokalen melden mußten. Nach diesem System fand am 17. November v. J. in Berlin eine Zählung statt, welche in 40 124 Beschäftigungslose ergab. Wir haben damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir diese Zählmethode nicht für geeignet halten, zuverlässig die Zahl des gewaltigen Heeres der Arbeitslosen zu ermitteln. Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit, Unwissenheit, verkehrtes Schamgefühl und andere Momente haben sicherlich viele Arbeitslose von der Meldung abgehalten. Es wurde von uns auch der Wunsch ausgesprochen, daß für die Zukunft ein anderes Zählsystem gewählt würde. Indessen wenn die Zählung vom 17. November überhaupt einen Wert haben sollte, so mußte die für Mitte Februar geplante zweite Zählung zunächst nach derselben Methode stattfinden, um überhaupt die Vergleichsmöglichkeit zu erhalten, ob die Arbeitslosigkeit größer oder geringer geworden ist.

Die Berliner „Genossen“ jedoch haben dafür kein Verständnis. Sie wünschten, daß die Zählung durch Zähler von Haus zu Haus vorgenommen würde, ein Verfahren, das bei genügenden Garantien zweifellos den Vorzug vor dem vom Magistrat beliebten verdient. Aber wie gesagt, um einen Vergleich mit der letzten Zählung anstellen zu können, war es zweckmäßiger, bei dem ersten Verfahren zu bleiben. Da dies nicht geschehen ist, haben die Gewerkschaften oder vielmehr die sozialdemokratische Partei nicht nur ihre Mitwirkung bei dieser zweiten Magistratszählung verweigert, sondern auch alles aufgeboten, um zu verhindern, daß verwendbares Material zustande kommt. Der Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Partei hat in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften selbstständig für den 13. Februar eine Hauszählung vorgenommen, während die vom Magistrat angelegte Zählung am 15. Februar stattfand. Die Folge davon war, daß, nachdem bereits am 13. Februar eine

Arbeitslosenzählung stattgefunden hatte, viele von den Arbeitslosen, die sich vielleicht sonst in den Zähllokalen gemeldet hätten, am 15. Februar zurückblieben. Das mußte umso mehr geschehen, als vorher im „Vorwärts“ und in den Versammlungen darauf hingewiesen worden war, daß die Zählung des Magistrats doch keinen Zweck hätte und die Arbeitslosen ihr ruhig fernbleiben sollten.

So kommt es denn, daß die bei den beiden Zählungen ermittelten Ziffern ganz gewaltig von einander abweichen. Während nach der Hauszählung der Sozialdemokraten am 13. Februar für Groß-Berlin die Zahl von rund 101 300 Arbeitslosen festgestellt wurde, von denen auf die Stadt Berlin selbst rund 67 000 entfielen, ergab die von der Stadt Berlin veranstaltete Zählung nur 23 670 Arbeitslose, von denen 19 300 auf die Stadt Berlin und 4370 auf die Vororte entfielen.

Selbstverständlich kann auch diese vom Magistrat ermittelte Zahl unter den obwaltenden Umständen nicht verglichen werden mit der Zahl der Arbeitslosen im November. Tatsache ist, daß die Arbeitslosigkeit eher gewachsen als geringer geworden ist. Die Schuld dafür, daß die Zahlen zum Vergleich nicht gegenüber gestellt werden, tragen die Verantwortlichen der anderen Zählung, deren Resultat aber auch nicht als maßgebend angesehen wird. Fast ausnahmslos wird das Ergebnis jener Zählung von der Presse als übertrieben hingestellt. Es wird bemängelt, daß man auch die Arbeitslosen, deren es in einer Großstadt natürlich sehr viele gibt, mit eingerechnet habe. Es ist ferner festgestellt worden, daß auch die infolge von Krankheit Arbeitslosen mitgezählt worden sind. Dadurch allein sei die Zahl der Arbeitslosen um ungefähr 30 000 zu hoch angegeben, da die Zahl der bei den Berliner Krankenkassen am 1. Februar vorhandenen Kranken diese Ziffer betragen habe. Selbstverständlich gibt es auch Zeitungen, die behaupten, daß aus rein agitatorischen Gründen man die Zahl der Arbeitslosen künstlich vergrößert habe.

Wie dem auch sei, auch die von der sozialdemokratischen Partei und ihren Gewerkschaften veranstaltete Zählung kann keinen Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit erheben. Das Ergebnis beider Zählungen ist, daß sie einen praktischen Wert überhaupt nicht haben. Der beabsichtigte Zweck, auf statistischem Wege zu erforschen, ob seit November eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in Berlin stattgefunden hat, ist jedenfalls nicht erreicht worden. Schade also um die Zeit und das Geld!

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß man keinen Ueberblick hat über den Umfang der in der Reichshauptstadt und ihren Vororten herrschenden Beschäftigungslosigkeit. Sind auch zuverlässige statistische Unterlagen nicht vorhanden, so beweist doch ein Blick in die Arbeitsnachweise und die von den Arbeiterberufsvereinen gezahlten Unterstützungen für Arbeitslosigkeit auf das allerdeutlichste, wie umgebener groß das Elend ist, unter dem die Berliner Bevölkerung wegen der Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Man wird vielleicht nicht fehl gehen, wenn man die Zahl der Beschäftigungslosen in Berlin und seiner Umgebung etwa in der Mitte der durch die beiden Zählungen gefundenen Zahlen sucht. Sie dürfte aber etwas größer als niedriger sein. Damit aber erwächst den dabei beteiligten Kommunen die ernste Pflicht, alles zu tun, um die Folgen dieser Arbeitslosigkeit zu mildern. Wir

dürfen es uns versagen, an dieser Stelle das furchtbare Elend zu schildern, das jene Arbeitslosenziffern bedeuten. Schnelle und gründliche Hilfe tut not. In Berlin hat eine unter dem Voritz des Oberbürgermeisters Kirchner tagende gemiedete Deputation, der auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt angehört, beschlossen, die Gemeindebehörden zu ersuchen, für die Unterstützung der Arbeitslosen in Berlin einen Betrag von 300 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Aus dieser Summe soll Arbeitslosen, die keine anderweitige Unterstützung seitens der Behörde oder Arbeiterorganisationen erhalten, täglich 1 Mk. gezahlt werden. Das ist zwar herzlich wenig, aber hoffentlich geben die Gemeindebehörden ihre Zustimmung dazu. Viel wichtiger erscheint es uns aber, daß die Gemeinden sich auf den Boden des bewährten Genter Systems stellen, wodurch am ersten die Folgen der Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen abgemildert werden können.

Die Christlichen und der Bergarbeiterkongress.

Es mochte einen eigenartig befremdenden Eindruck, wenn man in den Blättern der christlichen Gewerkschaften und der diesen nahestehenden politischen Presse die Berichte über den Bergarbeiterkongress in Berlin las. Da wurde alles verflucht, dem Kongress jede Bedeutung abzusprechen, ja ihn sogar als schädigend für die Bergarbeiterfrage hinzustellen, und der Eifer, mit dem das geschah, war so auffällig, daß er allein durch die Nichtbeteiligung des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter am Kongress nicht erklärt werden konnte. Unmäßig drängen sich dem aufmerksamen Beobachter die Ursachen für dieses eigenartige Verhalten deutlich genug auf.

Bei der in diesen Tagen im preussischen Landtag stattgehabten Beratung der Vergewerknovelle, die ja eine geringe Erweiterung des Arbeiterschutzes bringen soll, erklärte der Minister, zur Vorbereitung dieser Vorlage habe er Unternehmer und Arbeiter herangezogen. Diese Mitteilung muß die Öffentlichkeit überraschen. Denn soweit uns bekannt ist, hat niemand etwas erfahren, wo und welche Arbeiter denn zur Vorbereitung dieser Novelle herangezogen wurden. In die Debatte über die ganze Vorlage griff dann auch der Zentrumsabgeordnete F m b u s c h ein, der in seinem Beruf angestellter Beamter des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter ist. Zwar kritisierte er die Novelle, weil sie ihm in einzelnen Punkten nicht weit genug geht, aber aus seiner ganzen Rede klang doch ein auffälliges Wohlwollen für die ganze Vorlage heraus. Nimmt man dazu, daß z. B. im „Reich“ seit Wochen der preussische Bergminister als außerordentlich arbeiterfreundlich gelobt wird — nebenbei gesagt, ohne daß er bis jetzt irgend eine Leistung vollbracht hätte, die zu einem besonderen Lob berechtigte — so kommt man zu den folgenden Erwägungen: Das Grubennutzwort auf Raddob hat auf die preussische Bergverwaltung einen großen Eindruck gemacht, und sie entschloß sich, den Forderungen der Arbeiter in etwas entgegen zu kommen. Klug wie sie ist, machte sie das nach dem schon im alten Rom geltenden Satz: Divide et impera (teile und herrsche). Sie versuchte einen Teil der Arbeiter für dasjenige zu gewinnen, was sie zu bewilligen geneigt war. Und dazu bediente man sich des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter. Der hat augenscheinlich mit dem Minister verhandelt und schon vor langen Wochen mit ihm die Verabredungen getroffen, die heute als Gelegetwurf vorliegen. In dieses stille

Teichmelchert ist dann der Antrag hingelegt, einen Bergarbeiterkongress abzuhalten, ohne daß die Anregung des Gedankens eine Wissenschaft haben konnten von den Verhandlungen des christlichen Gewerkevereins mit dem Bergministerium. Sollte dieses Teichmelchert nicht gestört werden, dann mußte der christliche Gewerkeverein die Beteiligung am Kongress ablehnen. Denn die preussische Regierung fürchtet sich noch viel mehr als die Reichsregierung vor der Sozialdemokratie. Und sie hätte den Herren Vehrens, Zumbusch usw. sicherlich den Stuhl vor die Türe gesetzt, wenn sie es gewagt haben würden, sich an dem Kongress zu beteiligen.

So erfanden die Christlichen zwei Gründe, mittels deren sie die Beteiligung ablehnten, erstens, der Kongress sei überflüssig, da die Regierung wisse, was die Bergarbeiter wollten, und zweitens, der christliche Gewerkeverein könne nicht mit Leuten zusammengehen, die ihn fortgesetzt bekämpften. Der erste Grund ist fauler Zauber, denn dann braucht man überhaupt keine Veranstaltungen mehr zu machen, da die Regierung in 99 von 100 Fällen weiß, was die Arbeiter wollen. Der zweite Grund aber ist nicht stichhaltig, weil der christliche Gewerkeverein schon mehrfach gemeinsam mit den anderen Verbänden vorgegangen ist, ohne daß das Verhältnis der einzelnen Vereine untereinander vorher ein besonders ideales gewesen wäre. Wie wir gezeigt haben, erklärt sich aller Wahrscheinlichkeit nach die Ablehnung aus den in der Stille stattgefundenen Verhandlungen mit dem Ministerium viel besser und zwanglos, und man kann sagen, der christliche Gewerkeverein hat in diesem Falle die Sprache gehabt, um seine Gedanken zu verbergen. Nach berühmtem Muster!

Besonders krumm nehmen es die Führer der christlichen Bergarbeiter unserm Gewerkeverein der Bergarbeiter, daß er sich an dem Kongress beteiligt hat, und schimpfen mehr über uns als über die anderen Organisationen. Das erklärt sich daher, daß der christliche Gewerkeverein in seinem Verhalten völlig isoliert gewesen ist. Alle anderen Bergarbeiterverbände, selbst die den Christlichen nabefestehende „Gegenseitige Hilfe“ in Oberischlesien hat sich dem Kongress angeschlossen. Uns wirft man vor, wir hätten so dem ganzen Kongress erst ein nationales Mäntelchen gegeben. Wir verübten es dem christlichen Gewerkeverein nicht, daß er Verhandlungen mit der preussischen Regierung gepflogen hat, und daß er sich aus real-politischen Erwägungen deshalb an dem Kongress beteiligt hat, ist immerhin verständlich. Nicht verständlich aber ist es, wenn man wegen des Kongresses hauptsächlich auf uns schimpft. Unser Gewerkeverein der Bergarbeiter ist weder mit dem alten Berg- und noch mit dem christlichen Gewerkeverein verheiratet, sondern kann sich bei gemeinsamen Veranstaltungen je nachdem auf die eine oder die andere Seite werfen. Er wird sich jeweils auf die Seite stellen müssen, bei der er nach Lage der Verhältnisse die Arbeiterinteressen am besten fördern kann. Das war für jeden, der nicht in die geheimen Verhandlungen eingeweiht war, in diesem Falle der Weg einer Beteiligung am Kongress. Wünsche der christlichen Gewerkeverein eine andere Entscheidung, dann mußte er ehrlich und offen genug sein, den anderen Verbänden mitzuteilen, was er mit der Regierung vereinbart hatte. So lange er sich aber in diplomatisches Schweigen hüllt, um sich schließlich allein als der Retter der Bergarbeiter aufspielen zu können, wird er es immer wieder erleben müssen, daß er allein auf weiter Flur steht. Für diese Erscheinung soll er dann aber seine eigene glorreiche Taktik verantwortlich machen, nicht aber den Gewerkeverein der Bergarbeiter, der tat, was er als ehrlicher Vertreter von Arbeiterinteressen tun mußte.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 19. Februar 1909

Den Schriftführern der Ortsverbände zur Kenntnis, daß nur noch wenige Nummern des „Gewerkevereins“ für die Veröffentlichung der Tätigkeitsberichte für das Jahr 1908 verwendet werden können. Nur diejenigen Berichte, die bis zum 1. März bei der Redaktion eingegangen sind, können im Verbandsorgan zum Abdruck gelangen. Später einlaufende Berichte können keine Berücksichtigung mehr finden.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hielt dieser Tage im Reichstage unter Leitung des Staatsministers Dr. Freiherrn v. Berlepsch eine Sitzung ihres Gesamtschusses ab, in welcher der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes eingehend besprochen und eine Resolution angenommen wurde, die im wesentlichen die Forderungen, die der Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine erhoben hat, berücksichtigt.

Die Generalversammlung der Gesellschaft findet vom 4. bis 6. März 1909 in Frankfurt a. M. statt. Hauptgegenstand der Tagesordnung ist das Recht und die Versicherung der Privatbeamten. Für den Verband der Deutschen Gewerkevereine nimmt der Vorsitzende Karl Goldschmidt an den Verhandlungen teil.

Mit der Bergarbeiternovelle der Regierung beschäftigt sich am Dienstag und Mittwoch der preussische Landtag in erster Sitzung. Den wichtigsten Inhalt derselben haben wir schon früher mitgeteilt. Der Minister Dr. Delbrück begründete seine Vorlage, die Einrichtung der Sicherheitsmänner hält er für geeignet, die Bergarbeiter mit mehr Vertrauen zu den Betrieben zu erfüllen, als es bisher vorhanden ist. Von nationalliberaler Seite wurde ihm dabei zugestimmt, ebenso von den Konservativen, obwohl beide Parteien sich keineswegs klar darüber ausließen, ob sie die vorgeschlagenen Änderungen annehmen werden. Der konservative Redner meinte, mit der Heranziehung von Arbeitern zur Grubenkontrolle geschehe ein so wichtiger Schritt von prinzipieller Bedeutung, daß man sich denselben wohl überlegen müsse. Nach den früheren Erfahrungen bei ähnlichen Gelegenheiten kann man erwarten, daß daraus noch eine weitere Verwässerung der Regierungsvorlage hervorgehen wird. Der Zentrumredner Zumbusch kündigte hin und her, war zwar nicht zufrieden mit dem Entwurf, aber da seine Freunde sich doch schon vorher mit dem Minister geeinigt hatten, durfte er nichts Durchgreifendes vorbringen. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Crüger stützte sich in seiner Rede hauptsächlich auf die bezüglichen Forderungen des Gewerkevereins der Bergarbeiter. Er verlangte ein Reichsberggesetz, falls dies nicht gewährt werde, eine bedeutende Erweiterung der Arbeiterrechte in dem jetzigen preussischen Entwurf. Der sozialdemokratische Abgeordnete Leinert ließ kein gutes Haar an der Vorlage und sprach sich auch für ein Reichsberggesetz aus. Der Entwurf ist zunächst an eine Kommission verwiesen. Man muß sehr darauf achten, daß die Kommission die Dinge, die die Regierung bewilligen will, nicht noch weiter verschlechtert, wie es früher, insbesondere bei der Bergarbeiternovelle nach dem großen Ruhrbergarbeiterstreik im Jahre 1905 der Fall war. Wenn die Vorlage erledigt ist, werden wir uns mit ihrem Inhalt eingehender beschäftigen.

Ein neues Reichssteuerprojekt wird seit kurzen in der Presse lebhaft erörtert. Die Konservativen wollen bekanntlich von der Nachlasssteuer durchaus nichts wissen und setzen alle Segel in Bewegung, ihre Annahme zu vereiteln. Auf der anderen Seite ist die geplante Steuer auf Gas und Elektrizität auf so allgemeinen Widerstand gestoßen, daß sie heute schon für als geschehen angesehen werden kann. Als Ersatz dafür soll nun, wie die „Frankf. Zeitung“ und einige andere Blätter melden, eine Kohlensteuer eingeführt werden in der Weise, daß für jede Tonne geförderter Kohle eine Steuer im Betrage von 25 bis 50 Pf. erhoben werden soll. Je nach der Höhe, in der man die Steinkohle oder die Braunkohle besteuert, sollen 50-100 Millionen Mark auf diese Weise gewonnen werden. Selbstverständlich müßte eine solche Kohlensteuer durch einen entsprechenden Kohlenzoll ergänzt werden, da sonst die ausländische Kohle zu Ungunsten der heimischen begünstigt würde.

Auffallend ist, daß auch die offiziöse Presse sich an den Erörterungen über diese Steuerart beteiligt. Das scheint uns ein Beweis dafür zu sein, daß es sich um mehr als ein bloßes Gerücht handelt. Der Reichstag hat daher alle Veranlassung, diesem Plan seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Denn auch gegen eine Kohlensteuer müßte man sich mit aller Entschiedenheit wenden. Es ist ganz klar, daß eine Kohlensteuer nicht von den Gruben getragen werden würde, sondern daß man von dieser Seite die Mehrbelastung teils auf die Kohlenverbraucher abwälzen, teils durch Lohnherabsetzungen bei den Arbeitern wieder aufzuheben versuchen würde. Das aber muß unter allen Umständen verhindert werden. Es wäre ja auch noch kähoner, wenn man, bloß um die Großagrarien vor der Nachlasssteuer zu bewahren, den großen Massen des Volkes immer wieder neue Lasten aufbürdet. Öffentlich bringt uns die nächste Zeit einige Klärung über den Stand der Reichsfinanzreform überhaupt.

Arbeiterbewegung. Die Weber des Eulengebirges befinden sich in einer Bewegung. Die großen Weberzweigen von W. Neugebauer & Söhne und von Pospischil, G. m. b. H. in Langenbiefau haben ihren Arbeitern einen Tarif zugemutet, der

ganz erhebliche Lohnverminderungen im Gefolge hat. Daraus sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten. — In Stralsburg i. G. sind die Parkettleger ausgepörrt worden, da sie sich auf eine eventuelle Verschlechterung: enthaltenden Vorkauf nicht einlassen wollten. — In Wildau bei Berlin haben bei der Firma Schwarzkopff, Abteilung Vokomotivbau, etwa 150 Arbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Nachdem früher bereits mehrfache Lohnabzüge gemacht wurden, ließ die Direktion den Lohn abermals um 5 bis 13 Pkt. kürzen. Bei den Verhandlungen, die zwischen dem Betriebsleiter Rade und den Arbeitervertretern stattfanden, erklärte ersterer, daß der preussische Fiskus sämtliche Aufträge an Vokomotiven nur an den Mindestfordernden abgebe und daher die Arbeitslöhne gedrückt werden müßten.

Die Aussperrung im Wiener Tischlergewerbe schenkt größere Auszeichnung annehmen zu wollen. Die Unternehmer sollen nämlich beschließen, die Aussperrung über ganz Österreich auszuweiten und sie vor allem gegen die organisierten Arbeiter zu richten.

Wie die Meinungsfreiheit von den „Genossen“ geachtet wird, zeigt eine Notiz im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“. Vor einigen Wochen wurde in der „Neuen Zeit“, dem wissenschaftlichen Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, von einem gewissen Jockel ein Artikel veröffentlicht, der den Gewerkschaftsbeamten indirekt den Vorwurf machte, daß sie zu wenig radikal seien und dem Revisionismus zuneigten, weil sie die Fühlung mit den Arbeitern verloren hätten. Dieser Artikel hat unter den Gewerkschaftsbeamten mit Recht viel böses Blut gemacht und einige von ihnen zu Gegenartikeln veranlaßt, die aber von der „Neuen Zeit“ zurückgewiesen wurden. Das Korrespondenzblatt hatte daraufhin mit Recht dem wissenschaftlichen Zentralorgan den Vorwurf gemacht, daß „in ihm ein freier Meinungsaustrausch keine Stätte finde“. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ bezeichnete dies als „eine aus der Luft gegriffene Behauptung“. Wenn ihr sachliche Einwendungen zugegangen wären, wären diese auch abgedruckt worden. Dazu bemerkt nun das Korrespondenzblatt:

Diese Erklärung veröffentlichte die Redaktion der „N. Z.“ am 15. Januar 1909. Am 5. Februar 1909 enthielt die „N. Z.“ aber eine Arbeit des Genossen H. Peters in Dortmund, dessen Sachlichkeit die Redaktion durch die erste Veröffentlichung wohl selbst anerkennt. Die Aufnahme dieses Artikels war vorher von der Redaktion der „N. Z.“ (am 29. Dez. 1908) abgelehnt und dem Verfasser das Manuskript wieder zurückgestellt worden.

Diese Feststellung entbehrt uns jedes weiteren Zusages. Sie zeigt, wie selbst im wissenschaftlichen Zentralorgan der für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schwärmenden Sozialdemokratie die freie Meinung geachtet wird und wie man dort mit der Wahrheit umspringt. Da braucht man sich wirklich nicht über die Intoleranz Andersdenkenden gegenüber bei den einfachen „Genossen“ zu wundern.

Wohlfahrtspflege. Wenn die sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen der Unternehmer gerühmt werden, dann wird von den Kohrednern vor allen Dingen der Wert der von ihnen geschaffenen Arbeiterwohnungen hervorgehoben. Welche Bedeutung diesen in Wirklichkeit zukommt, haben die Inhaber von Arbeiterwohnungen der Abteilung Sorge der Harzer Werke zu Mübeland und Sorge vor einigen Wochen erfahren müssen. Da wurde ihnen nämlich folgendes Schreiben zugestellt:

Herrn hier.
 Wie künftigen Jahren hiermit das Arbeitsverhältnis zum 8. Februar 1909 abends.
 Die innehabende Wohnung haben Sie bis zum gleichen Tage zu räumen.
 Harzer Werke, Abteilung Maschinenfabrik und Eisengießerei Untergorge.

Das bedeutet Brotlosigkeit und Obdachlosigkeit mitten im Winter zu gleicher Zeit! Ein anderer Hauswirt nimmt vielleicht Rücksicht, wenn der Mieter wegen Arbeitslosigkeit mit der Miete für eine Zeit rückständig bleibt; der Gründer der „Wohlfahrts-einrichtung“ wirft den Arbeiter kaltblütig auf die Straße.

Ein anderes Bild! Auf der Gerresheimer Glas-hütte bei Düsseldorf, die dem Glasbläser Fege gehört, ist den Arbeitern durch Anschlag bekannt gegeben worden, daß vom 12. März ab die Löhne der Glas-macher und Pfleger „ermäßigt“ würden. Es solle aber dadurch kein Lohnausfall entstehen, vielmehr solle jedem Arbeiter die Summe nebst Zinsen in einem Kontobuch jährlich gutgeschrieben werden. Aus dem Sparguthaben sollen den Arbeitern „in Ueber-einstimmung mit dem Arbeiterauschuß“ bei Betriebs-einsparungen, längeren Krankheiten und Invalidität

Unterstützungen gezahlt werden. Wenn ferner der Kontoinhaber das 50. Jahr erreicht hat, bekommt er die Hälfte seines "Kontos", nach vollendetem 55. Lebensjahre den Rest. Wer den Betrieb in Veresheim verläßt, erhält den Betrag unter den zuletzt genannten Bedingungen, also nach vollendetem 50. bzw. 55. Lebensjahre. Wird der Veresheimer Betrieb eingestellt und der Arbeiter arbeitslos, so erhält er den Betrag zurück. Die Unterstützungen werden nur bis zur Erschöpfung des Kontos bezahlt. Derjenige Arbeiter, der vor dem 50. Jahre ausscheidet, geht seines "Sparguthabens" verlustig. Recht bezeichnend ist der Schlußsatz der Bekanntmachung, worin diejenigen Arbeiter, die mit diesem Verfahren nicht einverstanden sind, erlucht werden, die Kündigung einzureichen.

Allgübel Arbeiter werden sich in der jetzigen Zeit wohl nicht gefunden haben. Die ihre Zustimmung zu der neuen "Wohlfahrts-Einrichtung" verweigert haben. Denn als Wohlfahrts-Einrichtung wird auch diese Hege'sche Gründung von gewissen Leuten gepriesen werden, die nicht sehen können oder wollen, daß es sich nur um eine lästige Fessel handelt, die den Arbeitern angelegt wird.

Unterricht der Jugend in der Bürgerkunde. Auf eine von Düsseldorf ausgehende Eingabe an den Reichskanzler, welche die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung betont, hat Fürst Bischof eine zustimmende Antwort erteilt, in der es heißt:

"Ich halte mit Ihnen die Bestrebungen, die sich eine höhere politische Schulung unseres Volkes zum Ziel setzen, für sehr bedeutungsvoll. Denn ich glaube, daß nichts mehr geeignet ist, die Fremde am Vaterlande und die Bereitwilligkeit, ihm Opfer an Arbeit, Gut und Blut zu bringen, in den Deutschen nachzuhelfen und zu stärken, als die nachsende Erkenntnis des Wesens und der hohen Aufgaben des Staates, und die Einsicht, welche Wohlthaten ihm der Einzelne verdankt. Ich habe eine Prüfung der Frage veranlaßt, inwiefern der Anregung, an Fortbildungsschulen, Fachschulen, an mittleren und höheren Schulen und an den Hochschulen einen besonderen Unterricht in "Bürgerkunde", die ja schon in das Programm für die Umwidmung des Schulwesens aus dem Jahre 1889 aufgenommen war, und in Seminaren, sowie auch in höheren Knaben- und Mädchen Schulen seit Jahren im Rahmen des Geschichts- und Geographienunterrichts gelehrt wird, einzufügen, Folge gegeben werden kann".

Die Antwort ist gewiß sehr erfreulich. Weshalb will man denn aber die einfachen Volksschulen dabei ausschalten? Wir sind überzeugt, daß in den höchsten Klassen auch der Volksschulen ein solcher Unterricht sehr zweckdienlich wäre, zweckdienlicher jedenfalls, als manches andere, womit man die Köpfe der Jugend vollstopft.

Die 6. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele findet am Freytag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: "Marie, die Tochter des Regiments". (Komische Oper. Text von Bayard und Saint Georges, Musik von Gaetano Donizetti.) Der Billetverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volkunterhaltungen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1904.

Ortsverband Aue und Umgegend. Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in vier Ausführlungen und 5 Verbandssammlungen. Vorträge wurden gehalten von Kollegen Jüptner-Aue über das Thema: "Die Freizügigkeit der Landarbeiter", vom Kollegen A. Steinmeh über den "Entwurf eines Arbeitsamergesetzes". Ferner wurden vom Vorsitzenden Kollegen Schmidt-Versbach und vom Kollegen Weigel-Peterfeld mehrfach Artikel aus dem "Regulator" und "Gewerkeverein" verlesen und besprochen. Weiter wurde diskutiert über die Errichtung eines Gewerbegerichts, worüber Kollege Herberger-Halle einen Vortrag hielt. Der Ortsverband hat sich auch mit einer Eingabe an den Stadtrat zu Aue sowie an die Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg um Errichtung eines Gewerbegerichts gewandt. Bis jetzt ist die Angelegenheit noch nicht erledigt. Auch die Gründung neuer Ortsvereine beschäftigte den Ortsverband, führte aber bei der jetzigen Krise zu keinem Erfolge. Hoffentlich ändern sich die Verhältnisse in diesem Jahre, und wir können zur Gründung neuer Ortsvereine schreiten. Von seiten des Ortsverbandsausschusses ist nichts unterlassen worden, für die Ausbreitung unserer Ideen Sorge zu tragen. Wir erjuden deshalb die Ortsvereinsauschüsse, ihre Mitglieder anzupönnen, die Verbandssammlungen besser zu besuchen, damit wir unsere Aufgaben zum Nutzen der Organisation erfüllen können. Richard Steinmeh, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Vohum. Der Ortsverband Vohum, erledigte seine Geschäfte in 5 Vertreteritzungen und 3 Verbandssammlungen. Dem Ortsverbande gehören 4 Ortsvereine an. Auf eine Eingabe auf Einführung der Verhältniswahl beim Gewerbegericht erhielten wir die Antwort, man wolle das Ortsstatut nicht ändern, da dies erst vor 2 Jahren geschehen sei. Eine weitere Eingabe forderte Heran-

ziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene. Darauf erhielten wir keine Antwort. Vom Ortsverband gefordert wurde das 40 jährige Zeichen der Deutschen Gewerbevereine. Die Gewerbevereinswahl in Gemeinschaft mit den Gesellen- und Arbeitervereinen ist zu unseren Gunsten ausgefallen.

Wilh. Schuler, Schriftführer.

Ortsverband Bromberg.

Die Geschäfte unseres Ortsverbandes wurden in 7 Vertreteritzungen, 1 kombinierten Sitzung, 3 Verbandssammlungen und 1 öffentlichen Versammlung erledigt. Dem Verbande gehören 5 Ortsvereine an. Zu beauern ist, daß der Verein der Deutschen Kaufleute, welcher auch zum Ortsverbande gehörte, sich gar nicht in diesem Jahre um uns kümmerte. Sollten wir, daß es in diesem Jahre mit den neugewählten Vertretern eine bessere Wendung nimmt zum Wohle unserer Organisation. In 2 Verbandssammlungen wurden interessante Vorträge gehalten über Luftschiffahrt und die Notwendigkeit eines Bau- und Sparvereins. In einer öffentlichen Versammlung sprachen die Kollegen Vorkath-Ulsing und Wroszkowski-Danzig. Eine Eingabe an den Magistrat um Veranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene wurde vom Oberbürgermeister in recht befremdender Form beantwortet. Eine Eingabe an die zuständige Behörde wegen Notstandsarbeiten wurde dahin beantwortet, daß keine Arbeiten vorhanden wären. Durch mehrere interessante Besichtigungen und die Teilnahme an einer Feiertagsfeier des Ortsvereins der Schneider-Thoren wurde das Interesse für den Ortsverband gehärt und das Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert.

Trotzdem haben nicht alle Kollegen ihre Pflicht dem Ortsverbande gegenüber erfüllt. Hierin muß Wandel herbeigeführt werden, denn ein weites Feld liegt hier noch zur Bearbeitung vor uns. Auch sonst sind uns die Verhältnisse günstig, da unsere Bestrebungen auch in der Öffentlichkeit anerkannt werden. Das muß uns allen ein Ansporn sein zu rastloser Arbeit, ohne die wir unserer Organisation nicht die ihr gebührende Stellung erringen können.

Theodor Biebarth, Schriftführer.

Ortsverband Chemnitz.

Der Ausschuß erledigte die geschäftlichen Angelegenheiten in 12 Sitzungen und hielt 4 Verbandssammlungen ab. In der einen hielt Herr Landrichter Brod auf einen Vortrag über "Laien in der Rechtssprechung, insbesondere Arbeiter als Schöffen und Geschworene". Ferner sprach der Kollege Meichel über der "Besetzungswahl der Arbeitsämtern". Im Auftrage des sächsischen Ausbreitungsverbandes sprach im April Medakteur Lehner, Weiskens über "Gewerbevereine und Organisation". Um die hier am Orte bestehenden evangelischen Arbeitervereine über die Zwecke und Ziele der Deutschen Gewerbevereine zu unterrichten, veranstaltete der Ausschuß zwei Vortragsabende, an welchen Kollege Verndt-Dresden über "Arbeiter und Gewerbevereine" und "Nationale Arbeitervereine und gelbe Gewerkschaften" sprach. Die anwesenden Vertreter der evangelischen Arbeitervereine sprachen sich sämtlich im Sinne des Referenten aus. Zugleich wurde von den Anwesenden versprochen, zu Gunsten der Gewerbevereine zu wirken.

Am 30. August wurde bei guter Beteiligung ein Sommerfest abgehalten. Das 40 jährige Zeichen der Gewerbevereine wurde durch ein Konzert und eine Feste des Kollegen Verndt-Dresden gefeiert. Leider hatte es an diesem Ehrentage der Gewerbevereine eine größere Anzahl der Kollegen vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen.

Eine erneute Eingabe an das hiesige Landgericht mit Vorschlägen zur Wahl von Schöffen hatte infolgedessen Erfolg, als zwei Kollegen für das Jahr 1905 als Schöffen ausgelost sind.

Der Geschäftsgang in Chemnitz ist durch die eingetretene Krisis stark beeinflusst worden. Arbeitszeiterfüllung, Arbeiterentlassungen, Lohnreduzierungen sind an der Tagesordnung, so daß es manchem Kollegen schwer wird, für sich und seine Familie den nötigen Lebensunterhalt zu beschaffen. Jetzt zeigen sich so recht deutlich die Folgen unserer verkehrten Sozialpolitik. Geringe Beschäftigung, hohe Lebensmittelpreise, das ist der Segen derselben.

Ortsverband Görlitz.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 11 Vorstands-, 7 Delegierten-, 3 kombinierten Vorstandssitzungen sowie in 4 Generalversammlungen erledigt. In der Wahl zum Ausschussrat des Konsumvereins beteiligte sich der Ortsverband selbständig, leider aber ohne Erfolg. Eine schon zum zweiten Male eingereichte Liste von Arbeitern als Schöffen und Geschworene brachte noch keine Antwort. Dagegen waren unsere Bemühungen, die Presse für uns zu interessieren, von Erfolg begleitet. Unsere Eingabe an den Magistrat betreffs Notstandsarbeiten hatte den wenn auch geringen Erfolg, daß ein Objekt von 3000 M. vorläufig in Arbeit gegeben wurde. Neu gegründet wurde durch den Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen Stein der Ortsverein der Gemeinbedarfer, der sich in sehr erfreulicher Weise entwickelt hat und sich im neuen Jahre dem Ortsverband anschließen wird.

Die Ortsvereine wurden seitens des Ortsverbandes nach Möglichkeit unterstützt. In den Mitgliederversammlungen wurden 8 Vorträge allein durch den Vorsitzenden Kollegen Stein gehalten; ferner hielten noch je einen die Kollegen Lange und Schuber. Vorträge in den Generalversammlungen wurden gehalten über das Genossenschaftswesen vom Geschäftsführer Herrn Jordan, über die heutige Arbeiterbewegung vom Kollegen Münz-Magdeburg und über die Krisis und ihre Gefahren vom Bezirksleiter Kollegen Herbig. Öffentliche Berufssammlungen hielt der Ortsverband für die Lederarbeiter, Tapezierer und Gemeinbedarfer ab. In der letzteren

hielt der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt ein Referat über die Bestrebungen und Bedeutung des Gewerbevereins der Gemeinbedarfer. Einen gefälligen Charakter trug ein Kinderfest und die Feier des 40jährigen Bestehens der Gewerbevereine, bei der Professor Kahnt-Dresden die mit großem Beifall aufgenommene Festschrift hielt. Zwei hier abgehaltene Bezirksversammlungen der Ortsverbände nahmen einen sehr guten Verlauf. Eine sehr anstrengende Tätigkeit für einzelne Kollegen waren die Arbeiten in den Sitzungen, die Versammlungsbeschäftigung sowie die Berichte für die Presse. Würden diese Arbeiten auf mehrere Schultern verteilt, so würde auch unsere Sache mehr vorwärtskommen. Daher bitte ich alle Kollegen, die an dem Ausbau der Gewerbevereine mitarbeiten wollen, den Ausschuss mit voller Kraft zu unterstützen, damit wir am Schlusse des nächsten Jahres mit noch größerer Zufriedenheit auf die Vergangenheit zurückblicken können. Max Pangritz.

Ortsverband Weiskensfeld.

Unsere Arbeiten im vergangenen Jahre zeitigten nicht den gewünschten Erfolg, woran zweifellos zum großen Teil die wirtschaftliche Krise die Hauptursache trägt. Da auf unseren Antrag das Verhältniswahlsystem für das Gewerbegericht eingeführt und zum ersten Male nach diesem System gewählt wurde, war es Pflicht für uns, euerich in den Wahlkampf im Frühjahr einzutreten. Verbandssekretär Kollege Erleuz-Verlin hat dies auch in einer öffentlichen Versammlung den Kollegen klarzumachen versucht. Trotz alledem brachten wir keinen Beifall durch, weil ein großer Teil der Mitglieder es nicht der Mühe für wert hielt, zur Wahl zu gehen. Mit dem Fortschreiten des Jahres wurde auch die Arbeitslosigkeit größer und die Lust zur Agitation geringer. In den Ortsverbandssammlungen und Ausführlungen bildete die Frage der Presse stets einen wichtigen Punkt der Tagesordnung. Leider gibt es zahlreiche Kollegen, welche die Bedeutung der Presse noch nicht erkennen. Im Herbst wurde die Tätigkeit im Ortsverbande wieder reger. Wir feierten das 40 jährige Bestehen unserer Organisation in würdiger Weise, und wenige Tage später sprach in einer gut besuchten Versammlung Frau Tonath-Döbeln über die Notwendigkeit der Organisation der Frauen. Auch die Kollegen Schumacher-Verlin und Münz-Magdeburg hielten anregende Vorträge. Ein Besuch an den Magistrat um Vereinstellung von Notstandsarbeiten war von Erfolg gekrönt; ebenso wurde ein Kollege für dieses Jahr als Schöffe ausgelost. Hoffen wir, daß das neue Jahr unsere Ortsverbände um ein gutes Stück vorwärts bringt! Heinrich Häner, Ortsverbandschriftführer.

Gewerbevereins-Teil.

§ Saarbrücken. In unserer letzten gut besuchten Ortsverbandssammlung hielt Kollege Geden einen sehr interessanten Vortrag über "Alten und Neuen Arbeiterstand". Redner erläuterte in 11 rühmlichen Ausführungen, wie sich in Deutschland die Arbeiterfragebestimmungen entwickelt haben. Anfangs habe man sich darauf beschränkt, dem Arbeiter das Koalitionsrecht zu geben, mit dem er sich selbst schützen sollte. Später sei dann die Befuggebung dazu übergegangen, gewisse Schutzbestimmungen zu erlassen, als deren letzte die kürzlich vom Reichstag angenommene Novelle zur Gewerbeordnung anzusehen sei. Daneben besteht eine ganze Anzahl von Bundesratsverordnungen zum Schutze der Arbeiter in besonders gefährlichen Betrieben, die ebenfalls in jüngster Zeit durch eine neue Bekanntmachung zum Schutze der Arbeiter in der Großindustrie bereichert wurden. Abgesehen von den Schutzvorschriften für Arbeiter in besonders gefährlichen Betrieben mit starker Staubentwicklung, Weisbleiverarbeitung, Buchdruckereien, Schantwirtschaften usw. nehmen alle Schutzbestimmungen auf die erwachsenen männlichen Arbeiter keine Rücksicht. Als Ausnahme hiervon können gelten die Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmegesetzes und des § 115 der Gewerbeordnung (Truderverbot), die den Arbeitslohn schützen sollen, sowie die Bestimmungen der §§ 120 a bis 120 m zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, welche allerdings größtenteils nur auf dem Papier stehen. Auch die §§ 105 a bis 105 f der Gewerbeordnung betr. Sonntagsruhe in gewerblichen Betrieben und die Bestimmungen über Sonntagsruhe und Neumahlenschluß im Handelsgewerbe sind zum Schutze aller Arbeiter bestimmt. In den nicht besonders gefährlichen Betrieben ist dagegen der erwachsene männliche Arbeiter im allgemeinen der Willkür der Unternehmer nachlos preisgegeben. Es fehlt jede gesetzliche Bestimmung über Normal- oder Maximalarbeitszeit, und der von mancher Seite geforderte gesetzliche Achtstundentag schwebt noch in weiter Ferne. Für die jugendlichen und weiblichen Arbeiter dagegen gibt es verschiedene Schutzbestimmungen, die hauptsächlich ein Verbot der Nachtarbeit und Festlegung des 11- bzw. 10 stündigen Arbeitstages und eine Mindestruhezeit bezwecken. Auch die Pausen sind gesetzlich geregelt, und für Arbeiterinnen, die ein Auswachsen zu besorgen haben, bestehen noch weitgehendere Schutzvorschriften.

Im Kinderchutzgesetz sind Bestimmungen über die Arbeits- und Anheuzit der Kinder festgelegt, die hauptsächlich der Ausbeutung fremder Kinder in der Heimarbeit gewisse Grenzen setzen. Alles in allem gibt es eine Unmenge von Vorschriften, Paragraphen und Verordnungen zum Schutze der Arbeiter, und der Reichstagsabgeordnete Naumann hatte nicht ganz Unrecht, als er die sozialpolitische Aufgabe der nächsten Jahre gelegentlich dahin zusammenfassend, allen diesen Bestimmungen geordnete Durchführung zu sichern. Diesem Zwecke dienen die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten, deren Zahl Ende 1907 447 betrug, die von den 250724 geschützten Betrieben etwas mehr als die Hälfte kontrollierten. Die alte Forderung auf Hinzuziehung von Arbeitern zur Gewerbeaufsicht ist bisher nicht erfüllt; nur durch Anstellung

